



Protokoll der 24. Sitzung der beratenden Kommission / Cocosol

Datum:	24. August 2021
Ort:	Staatsarchiv des Kantons Bern
Zeit:	09.30 bis 13 Uhr

Aktenzeichen: 924-3719/6/2

Vorsitz:	Luzius Mader	Präsident Ehem. Delegierter des EJPD für Opfer von FSZM und ehem. Stv. Direktor Bundesamt für Justiz
Mitglieder:	Urs Allemann-Cafilisch	Ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe, Betroffener
	Christian Raetz	Ehem. Leiter «Bureau cantonal de médiation VD»
	Theresia Rohr	Betroffene
	Barbara Studer Immenhauser	Staatsarchivarin des Kantons Bern und Präsidentin der Schweizerischen Archivdirektorinnen- und Archivdirektorenkonferenz (ADK)
	Maria Luisa Zürcher	Ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe
Entschuldigt:	Elsbeth Aeschlimann	Ehem. Vertreterin der kant. Anlaufstellen
	Guido Fluri	Unternehmer und Urheber der Wiedergutmachungsinitiative, Betroffener
	Laetitia Bernard	Sozialarbeiterin Anlaufstelle LAVI FR, ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe
Ex officio:	Reto Brand	Bundesamt für Justiz / Leiter Fachbereich FSZM
	Yves Strub	Bundesamt für Justiz / Fachbereich FSZM
Protokoll:	Simone Anrig	Bundesamt für Justiz / Fachbereich FSZM



1. Begrüssung und Mitteilungen

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 9.30 Uhr und begrüsst die Mitglieder der beratenden Kommission zur heutigen Sitzung. Entschuldigen mussten sich Elsbeth Aeschlimann, Guido Fluri und Laetitia Bernard. Guido Fluri hat vorgängig zu den Einzelfällen schriftlich Stellung genommen (vgl. Traktandum 2).

Das Protokoll der letzten Sitzung der beratenden Kommission vom 11. Mai 2021 wurde bereits genehmigt.

Die Unterlagen für die heutige Sitzung wurden vor ca. 14 Tagen an die Mitglieder versandt. Offenbar haben sie alle rechtzeitig erhalten.

Zum Traktandum Mitteilungen führt der Präsident zunächst aus, dass das NFP 76 nun in die Phase komme, in der einzelne Projekte abgeschlossen und Schlussberichte erstellt würden. Im Leitungsgremium des NFP 76 werde deshalb bereits über das Konzept zum Schlussprogramm und zum Wissenstransfer diskutiert. Als Schlusspublikationen seien ein Gesamtbericht (Kompaktsynthese) und drei bis vier Publikationen zu Schwerpunktthemen (Teilsynthesen) vorgesehen, wobei die Inhalte noch nicht im Detail festgelegt seien.

Der Präsident weist im Weiteren darauf hin, dass er in seiner Funktion als Vertreter des Bundes in der Leitungsgruppe des NFP 76 diesen Herbst - wie schon in den Jahren zuvor - ein Informationstreffen für alle interessierten Bundesstellen und weitere Behördenvertreter (z.B. Vertreter interessierter Bundesämter, Staatsarchive, kantonale Anlaufstellen, etc.) durchzuführen plane. Bis dahin sollte auch das Konzept des NFP für die Schlusspublikationen vorliegen.

Reto Brand stellt die (neuen) Mitarbeiterinnen des Fachbereichs FSZM vor: Zwei Personen im Sekretariat (Wechsel in der Sekretariatsleitung infolge Pensionierung der bisherigen Leiterin / 1 Ersatzanstellung) und zwei Personen, welche ab August 2021 im Hinblick auf die Umsetzung des gesetzlichen Auftrags "Verbreitung und Nutzung der Ergebnisse der wissenschaftlichen Aufarbeitung" (Art. 15 Abs. 4 und 5 AFZFG) engagiert worden seien. Bei der Valorisierung der Forschungsergebnisse durch das BJ handle es sich grundsätzlich um einen umfassenden Auftrag, bei dem die Forschung auf Bundesebene, bei den Kantonen, Gemeinden und Institutionen berücksichtigt werden sollen. Dabei sollen aber auf jeden Fall Doppelspurigkeiten mit den Arbeiten des NFP 76 und der UEK vermieden werden. Im Hinblick auf die Verbreitung und Nutzbarmachung der Forschungsergebnisse seien bisher vier Zielgruppen definiert worden: die interessierte Bevölkerung, die Opfer/Betroffenen, die obligatorischen Schulen und die höheren Fachschulen mit Ausbildungsangeboten im Sozialbereich. Wichtig sei auch die Nachhaltigkeit dieses Projekts, denn die aus den Forschungsprojekten gewonnenen Informationen und Erkenntnisse sollen auch über den Abschluss der Forschungsarbeiten hinaus, d.h. auch langfristig weiterhin verfügbar sein und zu Informations-, Schulungs- oder Forschungszwecken genutzt werden können.

Der Präsident freut sich, dass das BJ für die aktuellen und zukünftigen Arbeiten die nötigen Ressourcen zur Verfügung stellen könne. Bei der Valorisierung der Forschungsergebnisse, für welche das BJ einen gesetzlichen Auftrag habe, werde eine enge Zusammenarbeit mit dem NFP 76 sehr wichtig sein.

Urs Allemann weist darauf hin, dass dies ein wichtiges Projekt sei. Das Erzählbistro beginne demnächst mit dem Projekt „Schulbesuche“. Mehrere Betroffene im Erzählbistro hätten sich bereit erklärt, in Schulklassen zu gehen und von ihrem Schicksal zu erzählen. Erste Schritte würden nun in einer Primarschule in Thun sowie in Primarschulen und der Kantonsschule Solothurn gemacht. Auch in Fachhochschulen für Pflegepersonal könnten Betroffene unter Begleitung von Fachpersonen des Erzählbistros demnächst auftreten.

Reto Brand informiert, dass die Anzahl eingehender Gesuche um einen Solidaritätsbeitrag über den Sommer leicht rückläufig gewesen sei und aktuell bei ca. 40 Gesuchen pro Monat liege. Gestützt auf die Revision des Bundesgesetzes über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 (AFZFG; in Kraft ab 1. November 2020), mit welcher die zuvor geltende Einreichungsfrist für Gesuche aufgehoben worden sei, hätten vom BJ bereits rund 1200 neue Gesuche geprüft werden können.

Reto Brand weist zudem auf ein internationales Symposium mit limitiertem Teilnehmerkreis hin, welches von der Guido Fluri Stiftung organisiert und vom 17.-19. September 2021 in Bern in hybrider Form (Präsenz/online) durchgeführt werden solle. Ziel dieser Veranstaltung sei es vor allem, darzulegen, wie insbesondere die Schweiz die Thematik der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen aufgearbeitet habe bzw. aufarbeite. Vertreter anderer Länder sollen für die Thematik sensibilisiert und wenn möglich auch entsprechende Aufarbeitungsprozesse angestossen werden. Der Präsident der beratenden Kommission werde in einem kurzen Referat die Entstehungsgeschichte des AFZFG (Runder Tisch, Soforthilfe) und die Stv. Direktorin des BJ den heutigen Vollzug dieses Gesetzes (v.a. in Bezug auf Solidaritätsbeitrag, Selbsthilfeprojekte, Valorisierung der Forschungsergebnisse) erläutern. Auch die Arbeiten des NFP 76 würden präsentiert. Es handle sich grundsätzlich nicht um einen öffentlichen Anlass. Noch offen sei, ob und wie die Beiträge der einzelnen Referentinnen und Referenten im Anschluss an die Veranstaltung allgemein verfügbar gemacht werden.

Der Präsident freut sich, dass die Guido Fluri Stiftung die Initiative ergriffen habe, um den Aufarbeitungsprozess auf internationaler Ebene zu unterstützen. Die Ausrichtung auf den Europarat (und nicht auf die EU) erscheint sinnvoll, weil sich der Europarat immer wieder mit dieser Thematik befasse (z.B. anlässlich von Besuchen des zuständigen Kommissars für Menschenrechte in der Schweiz). Ziel des internationalen Symposiums sei denn auch die Verabschiedung einer Resolution zuhanden des Europarates, womit die Mitgliedstaaten zum Ergreifen von innerstaatlichen Massnahmen eingeladen würden.

Reto Brand informiert im Weiteren über zwei Urteile des Bundesverwaltungsgerichts zur Thematik der Solidaritätsbeiträge:

- Im Urteil vom 23. März 2021¹ werde u.a. festgehalten, dass es sich weder beim obligatorischen Schulbesuch als solchem, noch bei den Lehrmethoden einer Lehrperson um fürsorgerische Zwangsmassnahmen im Sinne des AFZFG handle. Auch der Vorwurf, der Schulinspektor habe im vorliegenden Fall - trotz Kenntnis von der schwierigen Situation der Schülerin (Schläge mit dem Stock, Ohrfeigen und an den Haaren ziehen durch Lehrperson während drei Jahren) - die Umplatzierung in eine andere Schulklasse bzw. in eine spezialisierte Institution unterlassen, greife nicht, weil das AFZFG nur bei einer behördlich *angeordneten und vollzogenen* Massnahme anwendbar sei. In vorliegendem Fall könne aus diesen Gründen die geltend gemachte Beeinträchtigung nicht auf eine Massnahme im Sinne des AFZFG zurückgeführt werden. Es bestehe somit kein Anspruch auf den Solidaritätsbeitrag. Die Beschwerde sei vom Bundesverwaltungsgericht entsprechend abgewiesen und die Linie des BJ somit bestätigt worden.
- Im Urteil vom 4. August 2021² werde festgehalten, dass die durch die eigenen Eltern ausgeübte Gewalt nicht in den Anwendungsbereich des AFZFG falle, weil es an der Voraussetzung des Vorliegens einer Massnahme im Sinne des AFZFG fehle. In vorliegendem Fall seien dann mehrere Platzierungen in Pflegefamilien gefolgt, welche vom Jugendgericht angeordnet worden seien. Das Bundesverwaltungsgericht

¹ Urteil des Bundesverwaltungsgerichts B-6616/2019 vom 23. März 2021. Siehe [Entscheiddatenbank BVGer](#) (Suchbegriff: B-6616/2019).

² Urteil des Bundesverwaltungsgerichts B-4479/2020 vom 4. August 2021. Siehe [Entscheiddatenbank BVGer](#) (Suchbegriff: B-4479/2020).

habe sich eingehend mit den Vorkommnissen während dieser Fremdplatzierungen auseinandergesetzt, zu denen umfangreiche und sehr detaillierte Akten vorhanden seien. Es komme aber zum Schluss, dass es in den Akten keine Hinweise auf Unrecht im Sinne des AFZFG gebe und auch die Beschwerdeführerin zwar von vielen Schwierigkeiten während den Platzierungen berichtet habe, nicht aber von schwerer physischer, psychischer oder sexueller Gewalt. Die gegen den Entscheid des BJ erhobene Beschwerde sei deshalb ebenfalls abgewiesen worden.

Reto Brand weist weiter auf einen Entscheid des Obergerichts Thurgau vom 20. September 2020³ hin, über den kürzlich in den Medien berichtet worden sei.⁴ Dabei gehe es um einen Genugtuungs- und Entschädigungsanspruch nach *Opferhilfegesetz*, welcher von einem Betroffenen geltend gemacht wurde, der in den 1960er/70er Jahren u.a. im Internat des Klosters Fischingen missbraucht worden sei. Gemäss Obergericht Thurgau sei es für den Beginn der Verjährung/Verwirkung des Anspruchs nach Opferhilfegesetz entscheidend, ab wann der Betroffene realisiert habe, dass seine Krankheitssymptome auf die sexuellen Übergriffe im Kloster zurückzuführen seien. Weil im vorliegenden Fall für die Beantwortung dieser Frage noch nicht alle notwendigen Informationen vorlagen, habe das Obergericht die Sache zu weiteren Abklärungen an die Vorinstanz zurückgewiesen. Die Frage, ob der Betroffene eine Genugtuung und Entschädigung nach Opferhilfegesetz tatsächlich erhalten werde oder nicht, sei im jetzigen Zeitpunkt also noch nicht entschieden. Reto Brand stellt in diesem Zusammenhang klar, dass der Fall zwar einen FSZM-Bezug aufweise, es sich hier aber um eine Rechtsfrage aus dem Bereich Opferhilfe handle.

Reto Brand informiert die Kommissionsmitglieder im Weiteren darüber, dass die Parlamentarische Verwaltungskontrolle (PVK) von der Geschäftsprüfungskommission des Ständerates beauftragt worden sei, alle ausserparlamentarischen Verwaltungskommissionen (APK) einer unabhängigen Evaluation zu unterziehen. Mit der Evaluation untersuche die PVK, ob die Einsetzung und die Leistungen solcher Kommissionen zweckmässig seien und ob die Verwaltung diese Leistungen tatsächlich nutze. Die Cocosol stehe aber nicht im Vordergrund dieser Evaluation (sie bestehe als APK ja nur seit gut einem halben Jahr); sie sei lediglich von der generellen Untersuchung miterfasst. Die Mitglieder der beratenden Kommission würden in den nächsten Wochen/Monaten von der PVK für eine Online-Befragung kontaktiert.

Gemäss Barbara Studer sei im Kanton Bern im Rahmen der Schaffung eines "Zeichens der Erinnerung" geplant, nach Möglichkeit in jeder Gemeinde eine Strasse nach einem verstorbenen Opfer zu benennen. Über einen QR-Code auf dem Strassenschild wären zudem Informationen zur Lebensgeschichte der betroffenen Person verfügbar. Selbstverständlich werde bei diesem Projekt dem Persönlichkeits- und Datenschutz in Bezug auf die betroffenen Personen Rechnung getragen. Sie hoffe, dass im nächsten Jahr die Einweihung der ersten Strassenschilder, jeweils begleitet von einer Ausstellung, in möglichst vielen Gemeinden möglich sein werde.

2. Diskussion von Einzelfalldossiers

a) Im Zirkularverfahren geprüfte Fälle (Monatslisten)

Seit der letzten Sitzung wurden den Kommissionsmitgliedern mit der Monatsliste April 2021 total 67 Fälle, mit der Monatsliste Mai 2021 total 58 Fälle, mit der Monatsliste Juni 2021 total 40 Fälle und mit der Monatsliste Juli 2021 total 47 unterbreitet, in denen der Fachbereich

³ Vgl. Pressemitteilung des Obergerichts Thurgau vom 2. August 2021 unter [Beginn der Verwirkungsfrist bei Ansprüchen nach dem Opferhilfegesetz](#);

⁴ Z.B. Beitrag in der Tagesschau-Hauptausgabe vom 30. Juli 2021 unter [Play SRF](#); Artikel im Beobachter, veröffentlicht am 29. Juli 2021, unter [Wegweisendes Urteil](#).

FSZM eine Gutheissung der Gesuche vorsah. Diesbezüglich gingen seitens der Kommissionsmitglieder innert Frist keine Einwände ein.

Im Weiteren wurden den Kommissionsmitgliedern mit den Monatslisten Mai und Juni 2021 je 2 Fälle unterbreitet, bei denen der Fachbereich FSZM eine Abweisung vorsah, weil die Gesuche offensichtlich unbegründet waren. Diesbezüglich gingen seitens der Kommissionsmitglieder innert Frist ebenfalls keine Einwände ein.

b) Fälle aus früheren Sitzungen

Aus den letzten Kommissionssitzungen gab es noch 2 Gesuche, welche noch nicht abschliessend behandelt werden konnten. Gestützt auf die erfolgten Zusatzabklärungen hat der Fachbereich FSZM in der Zwischenzeit das eine Gesuch gutgeheissen, weil mittels Archivakten das Vorliegen einer Fremdplatzierung belegt werden konnte und die Schilderungen über die in diesem Rahmen erlittenen Beeinträchtigungen als ausreichend und glaubhaft erachtet wurden.

Im anderen Fall erachtete eine Mehrheit der Kommissionsmitglieder auch nach einer erneuten Diskussion die Angaben im Gesuch als wenig authentisch und deshalb als zu wenig glaubhaft. Das Gesuch wurde deshalb zur Abweisung empfohlen (Mehrheitsbeschluss).

c) Neue Fälle

Für die heutige Sitzung wurde der beratenden Kommission 8 neue Gesuche zur Stellungnahme unterbreitet, bei denen der Fachbereich eine Abweisung oder eine Diskussion als Grenzfall vorschlägt. Nach eingehender Diskussion jedes einzelnen Falles empfiehlt die beratende Kommission 2 Gesuche gutzuheissen und 5 Gesuche abzuweisen. In einem Fall sollen noch weitere Abklärungen gemacht werden.

3. Interner Leitfaden des Fachbereichs FSZM zur Gesuchsbearbeitung

Die Mitglieder haben zum Leitfaden keine Anmerkungen oder Ergänzungswünsche mehr. Der Präsident verdankt die Arbeit des Fachbereichs für diesen Leitfaden. Er zeige, dass man sich um eine klare und kohärente Praxis bei der Bearbeitung der Gesuche um einen Solidaritätsbeitrag bemühe.

4. Selbsthilfeprojekte (Orientierung über aktuellen Stand)

Reto Brand informiert, dass ein Projekt, welches auf die Übertragung von Traumata auf die zweite Generation fokussierte, zwischenzeitlich wieder zurückgezogen worden sei. Das BJ bedauert den Rückzug, denn das Thema werde als wichtig erachtet.

Bei einem weiteren Projekt, bei welchem die ursprünglich vereinbarte Laufzeit von drei Jahren abgelaufen sei, sei noch keine neue Projekteingabe im Hinblick auf eine Verlängerung eingetroffen. Bei den anderen, aktuell laufenden Selbsthilfeprojekten herrsche ansonsten weitgehend courant normal.

5. Verschiedenes

Die nächste Sitzung der beratenden Kommission wird am 23. November 2021, voraussichtlich ab 9.30 Uhr, stattfinden. Über die Durchführungsart werde kurzfristig entschieden.

Der Dank des Präsidenten geht an alle Mitglieder der Kommission und die Mitarbeitenden des Fachbereichs FSZM für die aktive Teilnahme und die konstruktive Zusammenarbeit an der heutigen Sitzung. Ebenfalls ein grosser Dank geht ans Staatsarchiv des Kantons Bern, welches der Cocosol für die Durchführung der heutigen Sitzung Gastrecht gewährte.

Aktenzeichen: 924-3719/6/2

Die Sitzung wird um 13 Uhr geschlossen.



Procès-verbal

Date:	24 août 2021
Lieu:	Archives cantonales, Berne
Heure:	09 h 30 à 13 h.

Numéro de dossier: 920.4-509/9

Présidence:	Luzius Mader	Président Ancien délégué du DFJP aux victimes de mesures de coercition à des fins d'assistance et ancien directeur suppléant de l'OFJ
Membres:	Urs Allemann-Cafilisch	Ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate, personne concernée
	Christian Raetz	Chef du Bureau cantonal de médiation du canton de Vaud
	Theresia Rohr	Personne concernée
	Barbara Studer Immenhauser	Archiviste cantonale du canton de Berne et présidente de la Conférence des directrices et directeurs d'archives suisses (CDA)
	Maria Luisa Zürcher	Ancienne membre du comité du fonds d'aide immédiate
Excusé:	Elsbeth Aeschlimann	Ancienne représentante des points de contact cantonaux
	Guido Fluri	Entrepreneur et auteur de l'initiative sur la réparation, personne concernée
	Laetitia Bernard	Collaboratrice du centre de consultation LAVI du canton de Fribourg, ancienne membre du comité du fonds d'aide immédiate
Ex officio:	Reto Brand	OFJ / chef de l'unité MCFA
	Yves Strub	OFJ / Unité MCFA
Procès-verbal:	Simone Anrig	OFJ / unité MCFA



1. Accueil et informations générales

Le président ouvre la séance à 9 h 30 et souhaite la bienvenue aux membres de la commission consultative. Elsbeth Aeschlimann, Guido Fluri et Laetitia Bernard sont excusés. Guido Fluri a remis une prise de position écrite au sujet des cas mis à l'ordre du jour (voir point 2).

Le procès-verbal de la dernière séance de la commission du 11 mai 2021 a déjà été approuvé.

Les documents de la présente séance ont été envoyés aux membres environ deux semaines plus tôt. Tous semblent les avoir reçus en temps voulu.

Le président annonce que le PNR 76 passe à la phase dans laquelle les projets individuels seront terminés et les rapports finaux élaborés. La question du programme de clôture et du transfert de savoirs a déjà été discutée au sein de l'organe directeur du PNR 76. Un rapport général (analyse compacte) et entre trois et quatre publications concernant les thèmes principaux (analyse des parties) clôtureront le projet; les contenus exacts des différents textes restent à définir.

Le président informe que, en sa qualité de représentant de la Confédération au sein du comité de direction du PNR 76, il organise cet automne, comme les années précédentes, une séance d'information pour représentants des services de l'administration intéressés et autres représentants du gouvernement (p. ex. représentants des offices fédéraux, des archives et des points de contact cantonaux). La question des textes de clôture devrait être réglée d'ici là.

Reto Brand présente les nouvelles collaboratrices de l'unité MCFA: deux personnes au secrétariat (la directrice du secrétariat part à la retraite et est remplacée/un remplacement) et deux personnes engagées en vue de la mise en place du mandat légal pour « la diffusion et l'utilisation des résultats de l'étude » (art. 15, al. 4 et 5, LMCFA). L'OFJ est chargé de valoriser les résultats de l'étude tant au niveau fédéral qu'au niveau des cantons, des communes et des institutions. Il faudra à tout prix éviter les doublons entre les travaux du PNR 76 et ceux de la Commission indépendante d'experts (CIE). Concernant la diffusion et l'utilisation des résultats de l'étude, quatre groupes cibles ont déjà été définis: la population, les victimes/personnes concernées, les écoles obligatoires et les hautes écoles offrant une formation dans le domaine social. La durabilité des résultats de l'étude est un aspect important, car les informations recueillies et les constats faits doivent dépasser les frontières du projet. C'est-à-dire, il faut que les données soient disponibles sur le long terme et utilisables à des fins d'information, de formation et de recherche.

Le président est satisfait que l'OFJ ait pu débloquent les fonds nécessaires aux travaux actuels et futurs. Une coopération étroite avec le PNR 76 sera très importante lors de la diffusion des résultats de l'étude, pour laquelle l'OFJ a un mandat légal.

Urs Allemann rappelle qu'il s'agit d'un projet important. Le Bistrot d'échange commencera prochainement son projet de visite des écoles. Plusieurs personnes concernées s'étaient déjà dites prêtes à aller dans les classes et raconter leur histoire. Des visites ont eu lieu dans une école primaire à Thoune ainsi que dans plusieurs écoles primaires et gymnases du canton de Soleure. De même, des personnes concernées pourraient bientôt, accompagnées de personnel du Bistrot d'échange, s'exprimer dans les hautes écoles de santé.

Reto Brand informe que le nombre de demandes de contribution de solidarité a légèrement baissé pendant l'été: environ 40 par mois. Depuis la révision de la loi fédérale sur les mesures de coercition à des fins d'assistance et les placements extrafamiliaux antérieurs à 1981 (LMCFA; en vigueur depuis le 1^{er} novembre 2020), qui supprime le délai de dépôt précédemment en place, l'OFJ a déjà pu examiner quelque 1200 demandes.

Reto Brand informe de la tenue d'un symposium international avec nombre limité de participants qui sera organisé par la fondation Guido Fluri et qui se tiendra du 17 au 19 septembre 2021 à Berne en format hybride (présentiel/en ligne). Le but de cet événement est d'exposer comment la Suisse en particulier a traité et traite le thème des mesures de coercition à des fins d'assistance. Les représentants d'autres pays devraient être sensibilisés à cette thématique et si possible des processus d'investigation et réparation devraient être mis en place. Le président de la Cocosol présentera dans un exposé l'histoire du développement de la LMCFA (table ronde, aide d'urgence) puis la directrice suppléante de l'OFJ expliquera la portée de la loi (avant tout par rapport aux contributions de solidarité, aux projets d'entraide, à la valorisation des résultats). Les travaux du PNR 76 seront présentés. Il ne s'agit pas d'un événement ouvert au public. Il reste encore à déterminer si et comment les présentations des intervenants-es seront mises à disposition du public.

Le président se réjouit de l'initiative de la fondation Guido Fluri de soutenir les processus d'investigation et réparation à l'échelle internationale. Il s'agira de s'adresser au Conseil de l'Europe (et non à l'UE) car celui-ci traite de ce sujet (p. ex. à l'occasion de visites du Commissaire des droits de l'homme en Suisse). Le but du symposium international est aussi l'adoption d'une résolution à l'intention du Conseil de l'Europe, résolution qui inviterait les États membres à prendre des mesures nationales.

Reto Brand informe la commission de deux arrêts du Tribunal administratif fédéral (TAF) concernant des contributions de solidarité:

- Dans l'arrêt de 23 mars 2021¹, il est entre autre retenu qu'il ne s'agissait pas d'un cas de mesure de coercition à des fins d'assistance selon la LMCFA, que ce soit lors de la fréquentation de l'école obligatoire ou lors de l'application des méthodes d'apprentissage par l'institutrice. De même, le reproche, fait à l'inspecteur scolaire qui n'a pas entrepris de démarche de transfert dans une autre classe ou dans une école spécialisée malgré sa connaissance de la situation difficile de l'élève (coups de bâton, gifles et tirage de cheveux par l'institutrice pendant trois ans), n'a pas lieu d'être car la LMCFA n'est applicable qu'en cas de mesures ordonnées et exécutées par des autorités. Pour ces raisons, les atteintes subies ne peuvent être qualifiées de mesure au sens de la LMCFA. Il n'y a donc pas de droit à une contribution de solidarité. Le recours a été rejeté par le Tribunal administratif fédéral et la décision de l'OFJ a été confirmée.
- Dans l'arrêt de 4 août 2021², il est retenu que les violences exercées par les parents ne tombent pas dans le champ d'application de la LMCFA parce qu'il manque une « mesure » au sens de la LMCFA. Dans le présent cas, plusieurs placements dans des familles nourricières ont suivi, placements ordonnés par le Tribunal des mineurs. Le Tribunal administratif fédéral s'est penché avec attention sur les événements survenus pendant le placement extrafamilial, à propos duquel de nombreux documents très détaillés avaient été fournis. Il conclut cependant que les dossiers ne contiennent aucune preuve d'injustice au sens de la LMCFA et que, bien que la recourante ait témoigné de grandes difficultés lors de ces placements, elle ne fait pas état de violences physiques, psychiques ou sexuelles. Pour ces raisons, le recours contre la décision de l'OFJ a aussi été rejeté.

¹ Arrêt du Tribunal administratif fédéral B-6616/2019 du 23 mars 2021. Voir [Base de données des arrêts du TAF](#) (mot-clé B-6616/2019).

² Arrêt du Tribunal administratif fédéral B-6616/2019 du 4 août 2021. Voir [Base de données des arrêts du TAF](#) (mot-clé B-4479/2020).

Reto Brand informe d'une décision du Tribunal cantonal de Thurgovie du 20 septembre 2020³ dont il a récemment été fait mention dans les médias⁴. Une personne concernée avait fait valoir son droit à une indemnité à titre de réparation morale selon la *loi sur l'aide aux victimes*. La personne avait subi des atteintes à son intégrité à l'internat du prieuré de Fischingen dans les années 1960-1970. Selon le Tribunal cantonal de Thurgovie, le moment où la personne s'est rendu compte que ses symptômes étaient dus aux abus sexuels qu'elle a subis au prieuré, est décisif afin d'établir le délai de prescription selon la loi sur l'aide aux victimes. Le Tribunal cantonal a fait suivre l'affaire à l'instance inférieure car il manquait certaines informations pour répondre à la demande. La question de savoir si la personne a effectivement droit à une indemnité à titre de réparation morale selon la loi sur l'aide aux victimes n'a pour l'instant pas été réglée. Reto Brand explique que, bien que le cas soit en lien avec la MCFA, il s'agit d'une question de droit se rapportant à l'aide aux victimes.

Reto Brand informe les membres de la Cocosol que la Commission de gestion du Conseil des États a chargé le Contrôle parlementaire de l'administration (CPA) de faire passer à toutes les commissions extraparlimentaires une évaluation indépendante. La CPA veut ainsi évaluer si la mise en place et les performances de ces commissions sont pertinentes et si elles sont effectivement utiles. La Cocosol n'est pas directement visée par cette évaluation (elle est une commission extraparlimentaire depuis seulement six mois), elle est simplement incluse dans les enquêtes générales. Les membres de la commission consultative recevront dans les prochaines semaines/mois une invitation de la part du CPA à remplir un questionnaire en ligne.

Barbara Studer informe que le canton de Berne, dans le cadre de la réalisation du projet un signe du souvenir, prévoit de donner le nom d'une victime décédée à une rue par commune, selon les possibilités. Un code QR sur la plaque permettrait d'en apprendre plus sur la vie et l'histoire de la personne concernée. Il est évident que la protection de la personnalité et des données personnelles seront prises en compte. Elle espère que l'inauguration des plaques, à chaque fois accompagnées d'une exposition, pourra avoir lieu dans autant de communes que possible, dans l'année qui vient.

2. Discussion des dossiers individuels

a) Cas traités par voie de circulation (listes mensuelles)

Depuis la dernière séance les listes des mois d'avril 2021 (67 cas au total), de mai 2021 (58 cas au total), de juin 2021 (40 cas au total) et de juillet 2021 (47 cas au total), pour lesquelles l'unité MCFA a prévu une approbation des demandes, ont été soumises aux membres de la commission. À ce propos, aucun membre de la commission n'a émis d'objection dans le délai.

De plus, les listes des mois de mai et juin 2021 contenaient deux demandes que l'unité a prévu de rejeter car elles n'étaient manifestement pas fondées. À ce propos, aucun membre de la commission n'a émis d'objection dans le délai.

b) Cas des séances précédentes

Deux cas datant de la dernière séance n'avaient pas encore été traités complètement.

³ Cf. Communiqué de presse du Tribunal cantonal de Thurgovie du 2 août 2021 sous [Beginn der Verwirkungsfrist bei Ansprüchen nach dem Opferhilfegesetz](#); (disponible uniquement allemand)

⁴ P. ex. La contribution dans l'édition principale du téléjournal du 30 juillet 2021 sous [Play SRF](#); Article dans le journal *Der Beobachter* publié le 29 juillet 2021, sous [Wegweisendes Urteil](#). (disponible uniquement allemand)

S'appuyant sur des explications supplémentaires, l'unité MCFA a approuvé une des demandes car un placement extrafamilial a pu être prouvé grâce à des archives et les descriptions des atteintes subies dans cette période ont été jugées suffisantes et vraisemblables.

Dans l'autre cas, une majorité des membres de la commission a jugé, après une nouvelle discussion de l'affaire, la demande pas assez authentique et de ce fait trop peu vraisemblable. La demande a donc été rejetée (décision à la majorité).

c) Nouveaux cas

Lors de la séance de ce jour huit nouvelles demandes ont été soumises à la Cocosol pour lesquelles l'unité recommande soit un rejet, soit une discussion pour les cas limites. Après examen de chacun des cas, la Cocosol recommande d'approuver deux demandes et d'en rejeter cinq. Dans un cas, des précisions sont nécessaires.

3. Guide de procédure interne de l'unité MCFA pour le traitement des demandes

Les membres n'ont plus de remarques ou d'ajouts par rapport au guide de procédure. Le président remercie le travail de l'unité pour la rédaction du guide qui prouve que l'on s'efforce de mettre en place une pratique claire et cohérente pour le traitement des demandes de contribution de solidarité.

4. Projets d'entraide (situation actuelle)

Reto Brand informe que le projet portant sur la transmission de traumatismes à la deuxième génération a été retiré. L'OFJ regrette le retrait car il considérait le sujet important.

La période d'exécution de trois ans préalablement convenue pour un autre projet est arrivée à sa fin, aucune nouvelle proposition en vue d'une prolongation n'a été soumise.

Les autres projets d'entraide continuent de se dérouler normalement.

5. Divers

La prochaine séance de la commission consultative aura lieu le 23 novembre, probablement à partir de 9 h 30. Les modalités concernant le déroulement seront communiquées quelques jours à l'avance.

Le président remercie tous les membres de la commission et les collaborateurs de l'unité MCFA pour leur participation active et leur collaboration constructive lors de la séance de ce jour.

Un remerciement est adressé aux archives cantonales de Berne qui ont joué le rôle d'hôte pour la séance de ce jour.

La séance se termine à 13 heures.